



Niederschrift

**über die Sitzung
des Psychatrybeirates
am 26.10.2016**

Anwesend

- Vorsitz

Dr. Niels Marg

- Mitglieder

Dr. Eleonore Lossen-Geißler

Ute Wellstein

Dr. Jens Weusmann

- Stimmberechtigte Mitglieder der Institutionen

Dr. Gundolf Berg

Dr. Cynthia Delmo

Kerstin Diefenbach

Jörg Greis

Klaus-Dieter Grötsch

Prof. Dr. med. Dipl.-Psych. Michael Huss

Dr. Anna Vieth

Hannelore Metzger

Kurt Philipp

Eva Pohl

Dr. Wolfgang Rossbach

Bernhard Schilling

Georg Steitz

Christel Werner

Monika Zindorf

Entschuldigt fehlen

- 1. stellvertretender Vorsitz

Dr. Kay-Maria Müller

- 2. stellvertretender Vorsitz

Holger Koch

- Verwaltung

Claus Hensel

Thomas Wilhelm

- Mitglieder

Dr. Claudia Ernhof

Prof. Dr. Andreas Fellgiebel, Vertetung Frau Dr. Brockhaus-Dumke

Heidi Hauer

Kurt Merkator

Dr. Christian Moerchel
Ilona Schäfer

- Mitglieder (nicht Ratsmitglieder)

Matthias Faber

- Stimmberechtigte Mitglieder der Institutionen

Dr. Jürgen Bierbrauer
Marita Boos-Waidosch
Hiltrud Braner
Dr. Anke Brockhaus-Dumke
Martina Diezinger
Doris Ginter
Gaby Göbig-Fricke
Ruth Jaensch
Isabel Menz

- beratende Mitglieder

Martina Kahl
Axel Merschky
Dr. Julia Schwaben
Hans-Wilfried Zindorf

Tagessordnung

a) nicht öffentlich

1. Entscheidung über die öffentliche Verhandlung der Punkte 3-7
2. Kenntnisnahme der Niederschrift vom 13.04.2016

b) öffentlich

3. Traumatisierte minderjährige Geflüchtete
4. Sachstandsbericht zum erweiterten Versorgungskonzept für psychisch erkrankte Menschen in Mainz
5. Konzept "Erweiterung Haus am Landwehweg"
6. Aktionswoche der Seelischen Gesundheit 2016
7. Verschiedenes

Der Vorsitzende eröffnet um 16.30 Uhr die Sitzung und stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde und die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Einwendungen gegen die ergänzte Tagesordnung werden nicht geltend gemacht.

Herr Dr. Marg erläutert, dass sich Änderungen hinsichtlich der Öffentlichkeit und Nichtöffentlichkeit von Sitzungen der städtischen Gremien ergeben haben. Die Sitzungen sind ab sofort grundsätzlich öffentlich. Sollte es inhaltliche Gründe geben, die bei einem Tagesordnungspunkt gegen die Öffentlichkeit sprechen, dann sind diese inhaltlichen Gründe glaubhaft darzulegen. Für die aktuelle Sitzung des Psychiatriebeirats werden alle Tagesordnungspunkte öffentlich besprochen.

Sodann erfolgt der Eintritt in die Tagesordnung.

öffentlich

Punkt 3 **Information zur psychiatrischen Situation traumatisierter minderjähriger Geflüchteter** **-Berichterstatter: Herr Prof. Dr. Huss, Rheinessen Fachklinik** **Mainz-**

Herr Prof. Dr. Huss berichtet, dass seit Sommer 2016 Frau Dr. Sobanski als leitende Oberärztin in der Kinder- und Jugendpsychiatrischen Klinik tätig ist. Sie hat als Kinder- und Jugendpsychiaterin und als Erwachsenenpsychiaterin eine Doppelqualifikation und ist auf den Bereich Trauma spezialisiert.

Diese personelle Ergänzung kommt der neuen Anforderung entgegen, die sich durch die Erweiterung des Patientinnen- und Patientenkreises um minderjährige Geflüchtete ergeben hat.

Im Jahr 2016 gab es bisher ca. 35 bis 40 Fälle, was noch als relativ überschaubar gelten kann. In der Behandlung kommen verschiedene Problematiken zusammen, so seien die Jugendlichen zum Teil schwersttraumatisiert, die Eskalationsstufen seien stärker als bisher, es gäbe große Sprachbarrieren, selbstschädigende Handlungen wären von hoher Symbolkraft geprägt, die zum Teil schockierende Situationen auf Station auslösen und ein kleiner Anteil der Jugendlichen seien in Augen der Behandlerinnen und Behandler deutlich älter als 18 Jahre, was bisherige Behandlungsansätze teilweise unwirksam werden lasse.

Die Klinik hat sich auf diese Patientengruppe insoweit eingestellt, als dass sie ein kostspieliges Live-Dolmetscher-Programm installiert hat und Personal mit transkultureller Expertise eingestellt hat. Auch wurden verschiedene nicht sprachgebundene Gruppenprogramme entwickelt, die sowohl therapeutisch als auch pädagogisch wirken sollen.

Die Rheinessen Fachklinik Mainz würde gerne einen stärkeren präventiven Ansatz verfolgen und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Flüchtlingsunterkünfte mehr unterstützen, auch mit dem Ziel, ein frühzeitiges Clearing durchzuführen, wodurch Verhalten mit Krankheitswert rechtzeitig erkannt und behandelt werden könnte.

Die Frage von Herrn Dr. Rossbach, in wie weit ein erlebtes Trauma automatische eine Störungsentwicklung nach sich ziehe, beantwortet Herr Prof. Dr. Huss dahingehend, dass Trauma-

tisierungen grundsätzlich erst zeitversetzt zu beobachten seien und es eine kleine Gruppe mit schwersttraumatisierten Jugendlichen gebe, die unmittelbare Hilfe benötigten. Aber nicht immer würde sich bei traumatisierten Menschen eine schwere psychische Folgestörung entwickeln und dieser Verlauf könnte auch durch eine frühzeitige Kurzintervention zum Teil verhindert werden.

Herr Dr. Berg ergänzt aus der Praxis eines niedergelassenen Kinder- und Jugendpsychiaters, dass er dieser Beschreibung zustimmen würde und er derzeit nur eine kleine Anzahl von geflüchteten Minderjährigen ambulant behandeln würde. Er hat bisher die Erfahrung gemacht, dass die Therapiebereitschaft sehr gering wäre, ihm scheinen sinnvolle Beschäftigungsangebote hilfreicher zu sein.

Die Klinik hat derzeit keine Planung entwickelt, die konzeptionelle Folgen hätte, daher gibt es kein konkretes Anliegen an die Stadt Mainz, außer dass sie sich bei dieser schwierigen Arbeit Unterstützung wünscht.

Es wird im November ein Gespräch mit Vertreterinnen des Gesundheits- und des Familienministeriums zu diesem Thema geben.

Darüber hinaus hält Herr Prof. Dr. Huss die Problematik für ein gesundheitspolitisch relevantes Thema mit einer breiten Reichweite, da auch die komplementären Einrichtungen, wie Jugendtreffs, von der neuen Klientel in hoher Zahl frequentiert werden würden und an ihre kapazitären Grenzen gelangen würden.

Punkt 4 **Sachstandsbericht zum erweiterten Versorgungskonzept für psychisch erkrankte Menschen in Mainz** **-Berichterstatteerin: Frau Odenwald, Stadt Mainz-**

Frau Odenwald erläutert den Stand zum Stadtratsbeschluss vom 16.03.2016, in dem ein erweitertes Versorgungskonzept für psychisch erkrankte Menschen angeregt wurde.

Die darin aufgeführten Maßnahmen lauten:

1. Dezentrale Erweiterung der örtlichen stationären Wohnheimplätze im Rahmen einer Außenwohngruppe mit kleiner Platzzahl, unter Berücksichtigung eines möglichen sog. Notbettes
2. Schaffung einer geringen Anzahl von stationären Wohnheimplätzen mit der Möglichkeit, freiheitsentziehende Maßnahmen durchzuführen
3. Konzeption eines niedrighschwelligen Wohnangebots analog des „Hotel plus“ (vgl. Stadt Köln)
4. Konzeption eines kleinen niedrighschwelligen Wohnangebots, unter besonderer Berücksichtigung wohnungsloser Frauen mit einer psychischen Erkrankung
5. Überprüfung der Übertragungsmöglichkeit des Konzepts „Betreutes Wohnens in Gastfamilien“ auf die Landeshauptstadt Mainz
6. Konzeptionierung einer eigenständigen Kontakt- und Beratungsstelle als niedrighschwellige Anlaufstelle
7. Prüfung des Verhandlungsspielraums über die Finanzierung sog. Probewohnmöglichkeiten durch die Stadtverwaltung Mainz mit dem Land Rheinland-Pfalz
8. Verbesserung der Vernetzung des GPV Mainz in Bezug auf das Thema „Wohnraum für psychisch erkrankte Menschen“ durch einen Runden Tisch Wohnen

Dazu sind folgende Entwicklungen zu berichten:

Maßnahme 1

Eine mit der Stadtverwaltung abgestimmte Konzeption wurde durch die Gesellschaft für Paritätische Sozialarbeit erstellt und dem Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie und dem Landesamt für Soziales und Versorgung vorgelegt. Es wurden einige Änderungen angeregt, die derzeit eingearbeitet werden. Details folgen in TOP 5.

Maßnahme 2

Die Schaffung fakultativ geschlossener Plätze wird durch das Evangelische Diakoniewerk Zoar umgesetzt werden. Hier liegt ebenfalls ein abgestimmtes Konzept vor, das auch mit dem Landkreis Mainz-Bingen erarbeitet wurde. Geplant sind acht Plätze, die Stadt Mainz und dem Landkreis belegt werden können. Diese sollen auf dem Gelände in Heidesheim entstehen. Das Konzept ist derzeit in einer weiteren Überarbeitung und kann im Anschluss dem Psychiatriebeirat und dem GPV Mainz vorgelegt werden.

Maßnahme 3

Die Arbeitsgruppe des GPV Mainz, die sich mit psychisch erkrankten Menschen mit multiplen Teilhabebedarfen und herausforderndem Verhalten befasst, wird in den nächsten Monaten ein Konzept für ein niedrigschwelliges Wohnangebot erstellen. Eine Besichtigung des Angebots „Hotel Plus“ in Köln ist in Kürze vorgesehen.

Maßnahme 4

Die Evangelische Wohnungslosenhilfe hat eine Konzeption für ein niedrigschwelliges Wohnangebot unter besonderer Berücksichtigung wohnungsloser Frauen mit einer psychischen Erkrankung, vorgelegt. Das Konzept ist fachlich mit der Koordinierungsstelle für gemeindenahere Psychiatrie abgestimmt, muss aber noch abteilungsübergreifend im Amt für Soziale Leistungen geprüft werden.

Maßnahme 5

Eine Arbeitsgruppe zum Betreuten Wohnen in Gastfamilien des GPV hat sich gegründet und Verstärkung durch Mitglieder aus dem GPV Mainz-Bingen erhalten. Ein Grobkonzept soll zum Jahresende 2016 / Jahresanfang 2017 erstellt sein.

Maßnahme 6

Derzeit wird keine zwingende Notwendigkeit gesehen, eigenständigen Kontakt- und Beratungsstelle als niedrigschwellige Anlaufstelle zu installieren. Vielmehr sollen die bereits bestehenden Kontaktstellenfunktionen der Tagesstätten auf Ausbau und Vernetzung hin überprüft werden.

Maßnahme 7

Für diese Maßnahme wird fachlich kein Erfordernis gesehen. Falls in Einzelfällen Probewohnmöglichkeiten notwendig sind, können diese individuell mit dem Kostenträger abgestimmt werden.

Maßnahme 8

Der Runde Tisch Wohnen ist für Anfang November terminiert, neben dem GPV Mainz werden Vertreter des Amt für Soziale Leistungen, die Leitstelle Wohnen und der Wohnungslosenhilfe teilnehmen. Es liegt zu diesem Thema inzwischen ein weiterer Stadtratsantrag vor, in dem der Zusammenschluss zu einem „Team Wohnen“ angeregt wird.

Punkt 5 **Vorstellung des Konzepts "Erweiterung Haus am Landwehrweg" der GPS um vier Plätze**
- Berichterstatterin: Frau Diefenbach, GPS -

Frau Diefenbach knüpft in ihren Ausführungen an den TOP 4 an und erklärt, dass die Gesellschaft für Paritätische Sozialarbeit (GPS) in Abstimmung mit der Abteilung Besondere Hilfen und der Koordinierungsstelle für gemeindenaher Psychiatrie der Stadt Mainz ein Konzept für die Erweiterung des Hauses am Landwehrweg erstellt hat.

Hierbei sind vier stationäre Plätze in einer Außen-Wohngruppe geplant, die möglicherweise im Martin-Luther-King-Park angesiedelt sein könnten. Wie in den bereits bestehenden Standorten auch, ist die Vorhaltung einer Nachtbereitschaft vorgesehen. Die Einrichtung eines sog. Notbettes am Stammhaus wird ebenfalls konzeptionell angedacht werden, hierbei ist insbesondere die Nähe zur psychiatrischen Klinik von Vorteil. Die Erweiterung wurde bereits mit dem Ministerium und dem Landesamt besprochen, es wurden die in diesem Gespräch gewünschten Änderungen inzwischen das Konzept eingearbeitet und wieder vorgelegt. Sobald dieses von den Beteiligten zur Kenntnis genommen wurde, wird das Konzept auch dem Psychiaterbeirat vorgestellt werden.

Auf die Nachfrage von Herrn Dr. Weusmann zur Finanzierung des Angebots wird erläutert, dass stationäre Angebote derzeit zu 50% von der Stadt und zu 50% vom Land finanziert werden, eine Verhandlungsrunde über den genauen Vergütungssatz mit dem Landesamt für Soziales steht noch aus.

Punkt 6 **Rückblick auf die Aktionswoche der Seelischen Gesundheit 2016**
-Berichterstatterin: Frau Odenwald, Stadt Mainz-

Der Rückblick auf die diesjährige Aktionswoche der Seelischen Gesundheit in Mainz fällt durch die Veranstalter positiv aus. An den vier Veranstaltungstagen vom 4. bis 7. Oktober konnten über 500 Bürgerinnen und Bürger erreicht werden. Die einzelnen Veranstaltungen haben ein sehr gutes Feedback erhalten.

Einzelne Inhalte werden in den nächsten Wochen auf der Homepage www.mainz.de/seelische-gesundheit eingestellt werden.

Frau Odenwald bedankt sich im Namen der Stadtverwaltung Mainz und dem Landkreis Mainz-Bingen für das Engagement der Beteiligten in Vorbereitung und Durchführung der Aktionswoche und freut sich auf den nächsten Veranstaltungszyklus.

Punkt 7 **Verschiedenes**

Frau Odenwald informiert darüber, dass die Bundesarbeitsgemeinschaft Gemeindepsychiatrischer Verbände (BAG GPV), in der der GPV Mainz Mitglied ist, vom Bundesministerium für Gesundheit den Zuschlag für ein Forschungsprojekt zum Thema "Vermeidung von Zwangsmaßnahmen im psychiatrischen Hilfesystem" erhalten hat.

In den kommenden drei Jahren werden ausgewählte Regionen der BAG GPV zu dem Themenkomplex beforscht werden und Good-Practice-Beispiele gesammelt werden. Am Projektende sollen Handlungsempfehlungen zur Vermeidung von Zwangsmaßnahmen stehen, sowie ein Monitoringsystems zur Erfassung von Zwangsmaßnahmen aufgebaut werden.

Die BAG GPV wird dazu zu gegebener Zeit auf die Mitglieder des GPV Mainz zukommen, insbesondere im Hinblick auf das übergreifende Forschungsprojekt der Universitätsmedizin Mainz zu dem gleichen Thema.

Über den Fortgang des Projekts wird im Psychiatriebeirat berichtet werden.

Darüber hinaus wird in Mainz derzeit durch die Universitätsmedizin Mainz, Institut für Arbeits-, Sozial- und Umweltmedizin, für eine multizentrische Studie durchgeführt, die sich mit der psychosozialen Situation geflüchteter Frauen befasst. Dazu werden an fünf Standorten in Deutschland jeweils 100 Frauen (Ausnahme Berlin mit 250 Frauen) aus bestimmten Herkunftsländern zur ihrer Lage befragt. Die Ergebnisse sollen im März auf der Bundespresskonferenz vorgestellt werden.

Abschließend verabschiedet sich Frau Odenwald in Mutterschutz und Elternzeit und stellt Frau Borngässer vor, die die Geschäftsführung des Psychiatriebeirats in Abwesenheit übernehmen wird. Frau Borngässer ist in der Stelle für Gesundheitsförderung tätig und dort die Nachfolgerin von Herrn Weber. Voraussichtlich zur Dezember-Sitzung 2017 des Beirats wird Frau Odenwald wieder im Dienst sein.

Ende der Sitzung: 17:30 Uhr

gez. Dr. Niels Marg

.....
Vorsitz

gez. Jessica Odenwald

.....
Schriftführung